

Das Finanzsystem als Triebfeder für die sozial-ökologische Transformation

Nachhaltigkeit muss zu einem zentralen Entscheidungskriterium im Finanzmarkt werden

Steffi Lemke

Die sozial-ökologische Transformation kann nur gelingen, wenn unser Finanzsystem stärker auf Nachhaltigkeit ausgerichtet wird. Dafür braucht es politische Steuerung. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den Wandel hin zu einem nachhaltigen und transparenten Finanzsystem zu beschleunigen und Deutschland zu einem führenden Standort für Sustainable Finance zu machen. Das erfordert eine Ausrichtung der Finanzflüsse auf Nachhaltigkeit und eine Stärkung des Verbraucherschutzes. Nachhaltigkeit muss künftig bei Finanzentscheidungen gleichwertig neben Kosten, Rendite und Risiko stehen.

Wir erleben dieser Tage eine Zeitenwende: Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, eine unfassbare Aggression gegen staatliche Souveränität und gegen demokratische Werte, gegen Gesellschaften, die sich auf den Weg machen, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meistern. Wir sehen schreckliches Leid in der Ukraine, durch Russland verursacht, und wir werden Zeug*innen davon, wie Frauen und Kinder flüchten und ihre Männer, Söhne oder Väter in den Krieg ziehen. Dieser Krieg tangiert auch die Fragen nach Nutzung fossiler Ressourcen, den Konsequenzen daraus und der Klimakrise mit neuer Dringlichkeit.

Wir stehen gleichzeitig vor der Aufgabe, unsere Volkswirtschaften grundlegend zu modernisieren und Geschäftsmodelle und Wertschöpfungsketten neu zu organisieren – vor einer großen, sozial-ökologischen Transformation. Dazu gehört auch, uns mithilfe erneuerbarer Energien unabhängiger zu machen vom Import von Rohstoffen, durch den Krieg in der Ukraine einmal mehr.

Für diese umfassende Transformation werden enorme Investitionen erforderlich sein: in Infrastruktur, in die Anpassung an die Folgen der Klimakrise, in Technologien, aber auch in die Neuorganisation von Prozessen und in die Schaffung neuen Wissens. Investitionsbedarf besteht nicht nur in den Bereichen Energie und Klima, sondern auch bei Ressourceneffizienz, Naturschutz und Kreislaufwirtschaft, Wasserversorgung und nachhaltiger Landwirtschaft – und das weltweit.

Solche Investitionen in die sozial-ökologische Transformation werden nur dann erfolgen, wenn unser Finanzsystem sehr viel stärker als bisher auf Nachhaltigkeit ausgerichtet wird. Nur ein nachhaltiges Finanzsystem – Sustainable Finance – wird es uns ermöglichen, die globalen Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.

Nachhaltigkeitsrisiken in Finanzentscheidungen berücksichtigen

Umweltschäden sind teuer, nicht nachhaltige Investitionen sind für Unternehmen auch ein Imagerisiko. Deshalb liegt es immer stärker auch im Interesse der Unternehmen selbst, ihre Investitionen auf Nachhaltigkeit auszurichten. Das Ahrtal-Hochwasser im vergangenen Jahr ist ein Beispiel, das zeigt, welche verheerenden Schäden durch die Klimakrise schon heute entstehen. Das Gleiche gilt für den Umwelt-, Natur- und Ressourcenschutz. Nachhaltigkeitsrisiken stärker in Finanzentscheidungen zu berücksichtigen, erhöht damit auch die Stabilität des Finanzmarkts.

Nachhaltige Investitionen hingegen bieten enorme Chancen – diese Erkenntnis setzt sich im Finanzmarkt immer stärker durch. Wenn es um Klimaschutz geht, gibt es bereits Fortschritte – immer mehr Akteur*innen auf dem Finanzmarkt berücksichtigen mittlerweile Klimaschutzkriterien und -risiken in ihren Anlageentscheidungen. Das gilt jedoch nicht für alle Aspekte der Nachhaltigkeit gleichermaßen. Von alleine werden sich Nachhaltigkeitskriterien zudem nicht schnell genug durchsetzen – dafür wirken jahrzehntelang eingespielte Muster noch zu stark.

Deshalb braucht der Finanzmarkt fördernde und verbindliche politische Rahmenbedingungen.

Die Aufgabe der Politik: Rahmenbedingungen für nachhaltige Investitionen setzen

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den Wandel hin zu einem nachhaltigen und transparenten Finanzsystem zu beschleunigen. Wir wollen – so der Auftrag aus dem Koalitionsvertrag – Deutschland zu einem führenden Sustainable Finance-Standort machen. Für mich sind damit eine Reihe konkreter Aufgaben verbunden. Zwei davon will ich hervorheben:

» **Finanzflüsse an Nachhaltigkeit ausrichten:** Private und öffentliche Finanzflüsse müssen künftig konsequent an Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtet werden, national und international. Dabei soll nicht nur dem Klimaschutz Rechnung getragen werden, sondern auch der Bedeutung von Biodiversität, Ökosystemen und Ökosystemleistungen, dem Gewässerschutz und der Ressourceneffizienz sowie sozialen Aspekten. Eine wichtige Voraussetzung dafür: mehr Transparenz über die Nachhaltigkeit von Wirtschaftsaktivitäten.

Die Pflicht zur integrierten Berichterstattung über Nachhaltigkeit sollte schrittweise ausgeweitet werden, so dass sie auch mittelgroße Kapitalgesellschaften und kleine und mittlere Unternehmen (KMU) umfasst. Der kürzlich von der EU-Kommission vorgelegte Entwurf ist dafür eine gute Vorlage.

Auch die auf EU-Ebene angestoßene Taxonomie ist grundsätzlich ein wichtiger Schritt, um diese Transparenz herzustellen und somit Investitionen in nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten anzureizen. Aber es kommt auf die konkrete Ausgestaltung an: Wenn darin, wie von der EU-Kommission geplant, auch Atomkraft und Erdgas als nachhaltig klassifiziert würden, wäre das ein großer Fehler. Statt zu mehr Transparenz würde es zu Verunsicherung, Greenwashing und falschen Investitionsanreizen führen. Ich hoffe daher sehr, dass es gelingt, im Zuge der anstehenden weiteren Debatten auf europäischer Ebene Atomkraft und Erdgas aus der Taxonomie herauszuhalten. Außerdem gilt es auch schon jetzt, den Kollateralschäden einer Einstufung von Atomkraft und Erdgas als nachhaltig entgegenzuwirken. Ich setze mich daher dafür ein, dass der Standard für europäische grüne Anleihen, der aktuell auf EU-Ebene verhandelt wird, Atomkraft und Erdgas ausschließt.

» **Verbraucherschutz stärken:** Als Verbraucherschutzministerin setze ich mich zudem für einen besseren Schutz der Anleger*innen ein. Immer mehr Verbraucher*innen wollen ihr Geld nachhaltig anlegen und wenn Sparer*innen in ein grün oder nachhaltig gelabeltes Anlageprodukt investieren, dann wollen sie sicher sein, dass dieses wirklich nachhaltig ist. Die Finanzregulierung muss Greenwashing verhindern. Dazu gehört, dass nur grün und nachhaltig genannt werden darf, was Umwelt- und Klimaschutz tatsächlich fördert. Die Bundesregierung hat auf nationaler Ebene in ihrer Sustainable Finance-Strategie¹ umfangrei-

che Maßnahmen zum Anleger*innenschutz beschlossen. Dazu gehört zum Beispiel ein Ampelsystem für nachhaltige Finanzprodukte, das wir jetzt zügig umsetzen wollen.

Ich erwarte darüber hinaus, dass die Finanzmarktakteure ihrer Verantwortung nachkommen und Nachhaltigkeit zum zentralen Kriterium ihrer Investitions- und Finanzierungsentscheidungen machen. Nationale und internationale Initiativen, wie die Klimaselbstverpflichtung des deutschen Finanzsektors, sind da hilfreich. Die Niederlande haben vorgelegt und Selbstverpflichtungen auch im Bereich Biodiversität initiiert. Eine solche Selbstverpflichtung in Deutschland umzusetzen, wird eines meiner nächsten Ziele sein.

Für diese und weitere Aufgaben will ich gemeinsam mit meinen Ministerkolleg*innen die Deutsche Sustainable Finance-Strategie (DSFS) ambitioniert umsetzen und weiterentwickeln. Der Sustainable Finance-Beirat² soll als unabhängiges Beratungsgremium zügig neu berufen werden. Wichtige Impulse erhoffe ich mir auch von der deutschen G7-Präsidentschaft in diesem Jahr.

Fazit

Die sozial-ökologische Transformation zu gestalten, mit diesem Anspruch ist die neue Bundesregierung angetreten. Ein nachhaltiger Finanzmarkt ist dafür ein entscheidender Erfolgsfaktor.

Ich werde mich dafür einsetzen, dass Nachhaltigkeit in Zukunft bei Finanzentscheidungen gleichwertig neben Kosten, Rendite und Risiko steht. So schaffen wir es, Investitionen dorthin zu bringen, wo sie für einen lebenswerten Planeten gebraucht werden.

- 1 https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Nachhaltige_Entwicklung/deutsch_sustainable_finance_strategie_2021_bf.pdf
- 2 <https://sustainable-finance-beirat.de/>



Steffi Lemke ist Bundesumweltministerin und Dessauerin. Der Einsatz für eine gesunde Natur und Umwelt brachte sie zur Politik. Die 54-Jährige geht in ihrer Freizeit gerne paddeln.

Bild © Bundesregierung/Steffen Kugler



Dieser Text ist Teil des

Rundbrief Forum Umwelt & Entwicklung, Ausgabe 1/2022

WAS KOSTET DIE WELT?

NACHHALTIGKEIT BRAUCHT GERECHTE FINANZSYSTEME



Zum Download weiterer Artikel und des gesamten Rundbriefs:
<https://www.forumue.de/hintergrundanalyse/rundbriefe/>